

Luzerner Zeitung

Ihre Region.

Nur einen Klick entfernt.

[zugerzeitung.ch](https://www.zugerzeitung.ch)

GEMEINDEVERSAMMLUNG

**«Völlig falscher Zeitpunkt, Steuern zu senken»:
Deshalb bleibt der Steuerfuss in Menzingen auf 67
Prozent**

Die Gemeindeversammlung war eine zahlenschwere. Die Anwesenden sprachen dem Gemeinderat jedoch ihr Vertrauen aus und genehmigten alle Kredite sowie das Budget.

Vanessa Leutenegger

30.11.2022, 21.23 Uhr



Am Mittwoch fand in Menzingen die Gemeindeversammlung statt. Hier Ansicht der Gemeinde vom Neuhof aus gesehen.

Bild: Stefan Kaiser (Menzingen, 23. Juli 2021)

Steuern senken oder nicht? Vor diese Frage wurden die 162 Anwesenden der Menzinger Gemeindeversammlung am Mittwochabend relativ früh gestellt, als man sich mit dem Budget 2023 befasste. Der Gemeinderat sprach sich schon früh dagegen aus.

Er schlug vor, den Steuerfuss auf 67 Prozent zu belassen und 2023 einen Rabatt von zusätzlichen zwei Prozent zu gewähren. Unter anderem, weil in naher Zukunft grössere Investitionen anstehen und die Gemeinde auch im kommenden Jahr noch Ausgaben aufgrund der Ukraine-Krise erwartet. Gemeindepräsident und Vorsteher Finanzen Andreas Etter (Mitte) erklärte:

«Wir haben bei der Erstellung des Budgets die Situation in der Ukraine und die Auswirkungen auf Menzingen berücksichtigt. Gleichzeitig haben wir auch finanzielle Mittel für die Entwicklung unserer Gemeinde einberechnet.»

Für diese Entwicklungen müssten passende Ressourcen bereitgestellt werden. So etwa mehr Personal im Bereich Bildung.

AUCH INTERESSANT

Personalnot im Skigebiet: Schild bei Volg zeigt Misere

abo+ 30.11.2022

Nicolas Rimoldi verurteilt

30.11.2022

Vorschlag: Senkung um zwei Prozentpunkte

Die gemeindliche FDP stellte den Antrag, die Steuern zu senken. Thomas Magnusson sagte als Ortsparteipräsident stellvertretend für die Partei: «Wer einen genauen Blick auf die Zahlen zu Steuereinnahmen und Ausgaben in der Broschüre wirft und sie mit der Beurteilung des Gemeinderats vergleicht, wird feststellen, dass vorsichtig budgetiert wurde.» Heisst, laut Magnusson, dass zwar durchaus grössere Ausgaben anstehen, aber die Finanzen stabil seien.

Ausserdem, so der FDP-Sprecher, stehe die Gemeinde im Vergleich zu den anderen Zuger Berggemeinden eher hinten an. «Insgesamt dürfen wir den Anschluss bezüglich Steuerattraktivität nicht verlieren», so Thomas Magnusson. Man könnte eine Reduktion von vier bis fünf Prozent vorschlagen, doch das sei vielleicht zu vorschnell. Deswegen stellte die FDP den Antrag einer Steuersenkung um zwei Prozent und einen zusätzlichen Rabatt von zwei Prozent. Der daraus resultierende Steuerfuss läge bei 63 Prozent. Dadurch würde die Gemeinde rund 250'000 Franken weniger einnehmen nächstes Jahr.

Monika Barmet (Mitte) stellte sich hinter den Gemeinderat und sprach sich klar gegen eine Steuersenkung ab. Sie sagte:

«Menzingen soll die Investitionen jetzt tätigen. Es ist der völlig falsche Zeitpunkt, um die Steuern zu senken.»

Der falsche Zeitpunkt sei es auch deshalb, weil im Kantonsrat demnächst eine Änderung des Steuergesetzes beraten werde. Welches einen grossen Einfluss auf die Gemeinden haben könnte, betonte Barmet.

Die Anwesenden vertrauten dem Gemeinderat und sprachen sich gegen eine Steuersenkung, wie von der FDP vorgeschlagen, aus. Den befristeten Steuerrabatt über zwei Prozent befürwortete die Versammlung.

Andere Traktanden unbestritten

Auch bei den anderen Traktanden folgte die Gemeindeversammlung den Vorschlägen des Gemeinderats, darunter waren auch drei Kreditbegehren. So zum Beispiel eines über 400'000 Franken für einen Studienauftrag Areal Marianum Eu, welches aufgrund steigendem Schulraumbedarfs erweitert werden soll.

Die FDP stellte einen Rückweisungsantrag des Geschäfts. Dies, weil zuerst eine bessere Bedarfsanalyse durchgeführt werden müsse. Der Ortspartei zufolge sei nicht eindeutig ersichtlich, dass künftig mehr Schulraum nötig sei, wie ein Sprecher der FDP ausführte.

Die Gemeindeversammlung sprach sich jedoch deutlich gegen den Rückweisungsantrag aus: 111 Anwesende lehnten den Rückweisungsantrag ab. Am Ende wurde der Kredit über 400'000 Franken von einer grossen Mehrheit gutgeheissen.